

**Protokoll
über die 48. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Sport und Schule (Sondersitzung)
am 21.05.2008**

Beginn: 17:30 Uhr
Ende: 19:39 Uhr
Ort: Stadthaus, Am Packhof 2-6, Raum 6.046 (Aufzug D)

Anwesenheit

ordentliche Mitglieder

Ehlers, Sebastian und Liberale	CDU-Fraktion
Lederer, Walter LINKE	Fraktion DIE
Meslien, Daniel	SPD-Fraktion
Walther, Manfred	SPD-Fraktion

stellvertretende Mitglieder

Kolodzik, Stefan und Liberale	CDU-Fraktion
Holtzauer, Rolf Dr. med. LINKE	Fraktion DIE
Steinmüller, Rolf Unabhängige Bürger	Fraktion
Teubler, Ulrich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Fraktion
Vogel, Alexandra und Liberale	CDU-Fraktion

Verwaltung

Ahmels, Volker
Buck, Holger
Grotelüschen, Christel
Joachim, Martina
Junghans, Hermann
Maddauss, Karen
Niesen, Dieter
Schwabe, Marita

Schriftführer

Credè, Norbert

Gäste

Kühl, Gerit

Leitung: Sebastian Ehlers

Schriftführer: Norbert Credè

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung

2. Mitteilungen der Verwaltung

3. Beratung zu Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss (öffentlich)

- 3.1. Haushaltssicherungskonzept (HSK) 2008 - 2020
Vorlage: 01979/2008

- 3.2. Konzept zur weiteren Förderung und Entwicklung der Schweriner Musikschulen für die Jahre 2007 bis 2010
Vorlage: 01546/2007

4. Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung (öffentlich)

- 4.1. Ehrenamtspass
Vorlage: 02006/2008

5. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung**

Bemerkungen:

Herr **Ehlers** begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird ungeändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 2 **Mitteilungen der Verwaltung**

Bemerkungen:

Herr **Junghans** informiert den Ausschuss über den zu einer Beschlussfassung geplanten Zeitrahmen des Vorhabens des möglichen Umzugs der Stadtbibliothek in die geplanten Marienplatzgalerie. Die Prüfung der Kostenvarianten sei zwar noch nicht abgeschlossen, dennoch wäre wohl möglich, eine entsprechende Vorlage am 10. Juni im Hauptausschuss, am 11. Juni im Ausschuss Kultur, Schule und Sport und am 7. Juli in der Stadtvertretung zu beraten und abzustimmen werden.

Herr **Niesen** gibt bekannt, dass seitens des Landes eine Novellierung des Schulgesetzes geplant sei und – obwohl noch nicht ins Gesetzgebungsverfahren eingebracht – diskutiert werde. Unter anderem stehe die Einführung der selbständigen Schule auf dem Plan. Das Thema werde rechtzeitig auf die Tagesordnung des Ausschusses gesetzt, wenn mögliche Auswirkungen auf die Schulentwicklungsplanung und die Finanzen der Stadt erkennbar würden.

zu 3 **Beratung zu Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss (öffentlich)**

zu 3.1 **Haushaltssicherungskonzept (HSK) 2008 - 2020 Vorlage: 01979/2008**

Bemerkungen:

Herr **Ehlers** schlägt vor, die einzelnen Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzepts (HSK) nacheinander abzuarbeiten. Wegen der inhaltlichen Verbindung solle der TOP 3.2 gemeinsam mit der Maßnahme 41-1 diskutiert, anschließend

aber separat abgestimmt werden. Herr Ehlers weist auf das von der Jugendkunst- und Musikschule „Ataraxia“ an die Mitglieder verteilte Informationsblatt hin.

Kultur

HSK-Maßnahme 41-1 und Top 3.2

Herr **Junghans** informiert den Ausschuss über die aktuelle Beschlusslage zum Musikschulkonzept nach der Sitzung des Hauptausschusses.

Frau **Schwabe** gibt zu bedenken, dass die im Musikschulkonzept vorgesehene Festschreibung der Zuschüsse für das Konservatorium auf die Höhe von 2007 insofern problematisch sei, als 2008 bereits eine Erhöhung der Zuschüsse um ca. 180.000 € im Haushalt veranschlagt sei. Damit täte sich eine Finanzierungslücke in eben dieser Höhe auf, wenn die Orientierung an 2007 Bestand hätte.

Im Hinblick auf eine Anhebung der Gebühren für Musikschüler aus dem Umland erläutert Frau **Schwabe**, dass 271 von 1.250 Musikschüler aus Gemeinden der umliegenden Landkreise kämen. Wenn diese ein nicht bezuschusstes Entgelt entrichten müssten, könnten sich beispielsweise im Einzelunterricht die Gebühren pro Schüler verdoppeln. Es sei dann zu erwarten, dass die Musikschüler die Schule wechselten oder den Musikunterricht ganz aufgäben.

Herr **Ahmels** prognostiziert, dass in dem Fall etwa das Jungendorchester des Konservatoriums und das Landesjugendorchester nicht mehr spielfähig wären. Die geltende Entgeltordnung des Konservatoriums erhebe bereits ein Zuschlag von 25 Prozent für Musikschüler aus dem Umland, außerdem sei für diese keine Ermäßigung mehr möglich. Eine weitere Erhöhung oder gar eine Übernahme der vollen Kosten für den Unterricht durch die Schüler hält er für kontraproduktiv; weil dann zu erwarten sei, dass die Schüler ausblieben. Die Einnahmeverluste dürften dann die Einsparungen übersteigen.

Er gibt zu bedenken, dass viele Musikschüler auch allgemeinbildende Schulen in Schwerin besuchen und deshalb der Unterricht am Konservatorium aus zeitökonomischen Gründen nahe liege.

Herr **Junghans** meint, das es wichtig wäre, die Ausgaben der Stadt für Bewohner des Umlands zu dokumentieren, um beispielsweise gegenüber dem Land oder den Kreisen die städtischen Leistungen beziffern zu können, um diese im Finanzausgleich oder über Umlagen zu beteiligen. Aus diesem Grunde solle die Erhöhung der Entgelte für Umlandschüler auch begonnen werden, um deutlich zu machen, welche städtischen Leistungen für das Umland erbracht werden und eine mögliche Beteiligung der Landkreise durchsetzen zu können.

Herr **Meslien** bringt den Antrag der SPD-Fraktion ein, HSK-Maßnahme ersatzlos zu streichen, dagegen aber einen Prüfauftrag zur Frage der Gebührenerhöhung für Umlandschüler zu erteilen.

Bezogen auf den Vorschlag von Herrn **Junghans** meint Herr **Niesen**, er gehe davon aus, weder vom Land noch von den Umlandkreisen sei eine Beteiligung an den Kosten für Leistungen für das Umland geben. Die Landkreise verfügten selbst über Musikschulen, d. h. Schwerin halte in diesem Fall Einrichtungen vor, die sie selbst auch finanzieren. Darüber hinaus müsse eine Erhöhung der Gebühren für Umlandschüler rechtlich abgesichert sein.

Unabhängig vom HSK ständen mögliche Formen des Ausgleichs städtischer Leistungen für Umlandeinwohner, z. B über höhere Entgelte, ohnehin auf dem Prüfstand, wobei es sich zumindest partiell aber um ein generelles Problem der finanziellen Stellung der kreisfreien Städte gegenüber den Landkreisen im Land handele.

Herr **Ehlers** ruft zuerst die Abstimmung des Musikschulkonzepts auf (s. TOP 3.2)

Anschließend stimmt der Ausschuss über den Antrag der SPD-Fraktion ab, die Maßnahme 41-1 im HSK ersatzlos zu streichen.

Beschluss:

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

HSK-Maßnahme I.1-14

Herr **Lederer** bringt den Änderungsantrag der Fraktion „Die Linke“ ein, die eine GmbH-Lösung im Sport- und Kulturbereich ablehnt und deshalb den Prüfauftrag so formulieren möchte, dass eine GmbH-Lösung nicht als primäres Ziel der Prüfung genannt werde, sondern eine Verbesserung der Kooperation zwischen Stadtmarketing, Kulturbüro und Sportvereinen angestrebt werden solle.

Beschluss:

Die Fraktion „Die Linke“ beantragt, den Text des Punktes I.1-14 wie folgt neu zu fassen:

Prüfung, ob eine intensiver Zusammenarbeit und Kooperation des städtischen Kulturbüros mit der Stadtmarketing GmbH zu Synergieeffekten und Kostenoptimierungen führen kann.

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	3
Enthaltung:	0

HSK-Maßnahme 41-2

Herr **Lederer** bittet um Auskunft, ob die Mittel für das Projekt „Verfemte Musik“ als Komplementärmittel für Landesförderung gedacht seien. Frau Schwabe verneint dies und stellt dar, dass die Umsetzung der Maßnahme keine negativen Auswirkungen auf das Projekt hätte.

HSK-Maßnahme 41-4

Herr **Meslien** möchte erfahren, was aus den Außenstellen werde, wenn die S Stadtbibliothek an einem Standort konzentriert werde. Er schlägt vor, zu überlegen, ob die Angebote in den Stadtteilen über externe Träger an deren Standorten aufrechtzuerhalten wären.

Herr **Lederer** weist darauf hin, dass der letzte Satz im Text unvollständig sei und bittet um Ergänzung.

Herr **Niesen** erläutert, dass es nicht isoliert um die Schließung der Außenstelle Lankow der Stadtbibliothek gehe. In den Personalmaßnahmen des HSK würden Altersteilzeitregelungen aufgegriffen, deren Umsetzung allein eine Konzentration der Bibliothek auf einen Standort erforderlich mache. Konzeptionelle Angebote wie beispielsweise die Marienplatzgalerie, aber auch Alternativen wären danach ebenso möglich, jedoch kostenseitig noch genau zu prüfen.

Herr **Junghans** konstatiert unter Bezug auf die Äußerung von Herrn Meslien, dass der ehrenamtliche Betrieb einer Außenstelle aufgrund der modernen Medien und der hohen technischen Anforderungen nicht mehr ausreiche. Es müssten dort schon ausgebildete Bibliotheksfachkräfte tätig sein, was auch eine Beschäftigung über das Kombilohnmodell nicht möglich mache.

Herr **Teubler** kritisiert die seiner Meinung nach wenig konkrete Darstellung der Maßnahme. Es werde nicht klar, wie die Einsparung außer durch die Schließung der Zweigstelle Lankow erbracht werden könne.

Herr **Niesen betont**, dass zu einer Zweigstellenschließung auch ein entsprechender Beschluss vorgelegt werde. Nur weil die Personal- und Sachkosten an anderen Stellen im HSK ausgewiesen seien, bliebe in dieser Maßnahme nur noch die Miete zu erwähnen.

Herr **Steinmüller** fragt nach den an das ZGM zu zahlenden Bewirtschaftungs- und Mietkosten des Perzina-Hauses. Herr **Junghans** beziffert die Betriebskosten mit 107.000 € jährlich. Eine Miete werde derzeit nicht berechnet, wäre aber wohl im sechsstelligen Bereich zu kalkulieren. Die verschiedenen Varianten zur Konzentration der Stadtbibliothek am möglichen Standort Marienplatzgalerie werden zur Zeit hinsichtlich der Kosten geprüft.

Auf den Wunsch Herrn **Teublers**, diese Prüfung in den Text aufzunehmen werden solle, entgegnet Herr Junghans, dass die Marienplatzgalerie lediglich eine Möglichkeit sei, denkbar wären auch andere Standorte. Herr **Lederer** schlägt daraufhin vor, im Text „Konzentration ... an ihrem Hauptstandort“ durch „Konzentration ... an einem Hauptstandort“ zu ersetzen, was auf allgemeine Zustimmung stößt und entsprechend geändert werden soll.

HSK-Maßnahme 41-5

Herr **Lederer** bittet um Auskunft über die Folgen der Zuschussreduzierung für die Volkshochschule, insbesondere auch im Hinblick auf die Kooperation mit den Umlandgemeinden.

Herr **Niesen** macht darauf aufmerksam, dass die Verwaltung wie im gesamten HSK vor allem das Wohl der Schweriner Bürger im Auge habe und dazu vernünftige Lösungen gefunden werden müssten, ohne das Angebot für die Schweriner allzu stark einzuschränken.

Kooperationsgespräche mit den Umlandgemeinden seien in vielerlei Hinsicht zu führen ohne dabei aus den Augen zu verlieren, dass Schwerin seit Jahren ohne eine Beteiligung der Umlandkreise Angebot finanziere. Auch über ein novelliertes Finanzausgleichsgesetz oder eine Gebietsreform sei hier nichts zu erwarten.

Frau **Schwabe** ergänzt, dass die VHS nach dem Weiterbildungsgesetz des Landes eine Grundversorgung der Weiterbildung insbesondere bei Schulabschlusskursen wahrnehme. In den einzelnen Fachbereichen werde auf eine Kostendeckung der Angebote geachtet, aber eine Gebührenerhöhung dürfe nicht zur Zugangsbarriere werden und die Erfüllung des gesetzlichen Auftrags verhindern. Bei Sprachkursen werde versucht, die Grenze herauszufinden, an der Gebühren abschreckend zu wirken beginnen.

HSK-Maßnahme 41-9

Auf Nachfrage von Herrn **Lederer** erläutert Herr **Junghans**, dass die Maßnahme auf Möglichkeiten abziele, durch die Erhöhung des Bekanntheitsgrades des Volkskundemuseums mehr Besucher anzuziehen und höhere Einnahmen zu erzielen. Das Museum sei mit 25.000 Besuchern recht gut aufgestellt, aber alle zusätzlichen Leistungen würden mit verringerten Ressourcen realisiert. Es sei beispielsweise daran gedacht, durch die Präsentation der einzelnen Museen in den Häusern des dezentralen Landesmuseums zusätzliche Besucher ins Volkskundemuseum zu ziehen.

HSK-Maßnahme 41-10

Herr **Meslien** bemerkt zum Prüfauftrag der Einführung einer Museumskarte Westmecklenburg, dass Rostock einen anderen Weg gegangen sei. Dort erhebe man keinen Eintritt in den Museen mehr und habe damit gute Erfahrungen gemacht.

Herr **Junghans** bemerkt, dass sich die Rostocker Erfahrung nicht einfach auf andere Museen übertragen ließe. Vor allem Sonderausstellungen könnten nicht kostenfrei für Besucher angeboten werden. Zudem sei das Profil des Museums, die Besucherstruktur und anderen Faktoren entscheidend. Für Schwerin würde er von der Aufhebung der Eintrittsentgelte im Museum abraten.

HSK-Maßnahme 41-12

Herr **Lederer** sieht in dieser Maßnahme einen Angriff auf die Förderung vor allem kleinerer kultureller Projekte und beantragt die ersatzlose Streichung der Maßnahme. Zugleich sehe er durch die Maßnahme auch die Verfügungsspielräume über das Budget und die fachliche Arbeit reduziert.

Frau **Schwabe** erläutert, dass die Umsetzung der Maßnahme Angebote des Kulturbüros wie externer Träger entfallen ließe. Die ausgereichten Gelder an Kunst- und Kulturvereine dienen vorwiegend als Komplementärmittel zur Erlangung von Förderung durch Dritte, die eine städtische Förderung voraussetzen. In der Regel handele es sich bei der städtischen Förderung um kleinere Beträge.

Herr **Junghans** bestätigt, dass bei größeren Projekten höchsten 6.000 bis 7.000 Euro ausgereicht würden, das Gros der Anträge aber über wesentlich geringere Beträge laute.

Herr **Ehlers** stellt den Antrag von Herrn **Lederer** zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Antrag der Fraktion „Die Linke“ auf ersatzlose Streichung des Punktes 41-12 wird bei einer Enthaltung einstimmig angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

HSK-Maßnahme 41-13

Herr **Lederer** meint, dass eine Erhöhung der Eintrittspreise des Museums an Grenzen stoße und dann ins Gegenteil umschlage und Besucher abschrecke.

Herr **Junghans** erläutert die Maßnahme dahingehend, dass bislang die Anpassung der Eintrittsentgelte Mehreinnahmen erbracht hätte. Allerdings sei die Grenze, bis dies ins Negative umschlage, nicht bekannt. Frau **Schwabe** erinnert daran, dass erst im vergangenen Jahr die Entgelte angepasst worden seien. Bei der Erarbeitung der Entgeltordnung habe man natürlich vergleichbare Einrichtungen und Städte herangezogen und versucht, sich daran zu orientieren. Sie halte eine weitere Anhebung der Eintrittsentgelte für problematisch.

HSK-Maßnahme 41-14

Auf Nachfrage von Herrn **Lederer** informiert Frau **Schwabe**, dass es sich um einen Prüfauftrag handele, wie die seitens des Landes gekürzte Förderung für das Mecklenburgische Volkskundemuseum wieder erhöht werden könne.

Schule

HSK-Maßnahme 49.2-1 und 49.2.2

Herr **Lederer** bringt die Änderungsanträge der Fraktion Die Linke zu den beiden Maßnahmen ein.

Beschluss zu HSK 49.2-1

Die Fraktion „Die Linke“ beantragt, den Text des Punktes 49.2-1 wie folgt neu zu fassen:

An den Halbsatz

„Aufgabe weiterer Schulstandorte bereits zum Schuljahr 2008/2009“
ist anzufügen:

„**soweit das pädagogisch und schulorganisatorisch sinnvoll ist.**“

Der Antrag der Fraktion „Die Linke“ zur Änderung des Punktes 49.2-1 HSK wird einstimmig angenommen.

Abstimmungsergebnis zu HSK 49.2-1

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Beschluss zu HSK 49.2-2

Die Fraktion „Die Linke“ beantragt folgende Änderung des Textes des Punktes 49.2-2:

Der erste Satz soll enden hinter „Konzentration der Schulstandorte.“ Als zweiter Satz wird eingefügt:

„**Die Auslastung der vorhandenen Kapazitäten ist unter Beachtung von pädagogischen und schulorganisatorischen Erfordernissen zu erhöhen.**“

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Abstimmungsergebnis zu HSK 49.2-2

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

HSK-Maßnahme 49.2-3

Auf Nachfrage von Herrn **Meslien** informiert Herr **Buck**, dass es sich bei den Fahrten behinderter Kinder zu den Schulen um pflichtige Leistungen handele. Die Leistungen seien aufgrund der Daten des Nachverkehrs zurückgegangen, die Einsparung könne anders aufgefangen werden.

HSK-Maßnahme 49.2-4

Herr **Meslien** bringt den Antrag der SPD-Fraktion, die Maßnahme ersatzlos zu streichen, ein. Herr **Lederer** fürchtet, dass nach Verabschiedung des neuen Schulgesetzes eine solche Maßnahme die Schweriner Schulen im zukünftigen Wettbewerb schlechter stellen werden. Er bittet um Auskunft, welche Bedeutung für Formulierung „Unterrichts-/Lehrmittel für Lehrer“ habe.

Nach Auskunft von Frau **Grotelüschen** seien die Lehrmittel für die Hand des Lehrers bestimmt. Schwerin gebe pro Kopf 3 Euro dafür aus, in anderen Städten läge der Betrag bei 1,39 Euro.

Herr **Buck** ergänzt, dass die Unterrichts- und Lehrmittel zwar von Lehrern angeschafft, aber in vollem Umfang den Schülern zugute kämen, da es sich um Unterrichtsmaterialien handele.

Beschluss:

Der Antrag der Fraktion der SPD auf ersatzlose Streichung des Punktes 49.2-4 HSK wird bei einer Enthaltung einstimmig angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
-------------	---

Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 1

HSK-Maßnahme 49.2-5

Herr **Lederer** bemerkt zu der Maßnahme, dass ein großer Einspareffekt angesichts der niedrigen Beträge nicht zu erwarten sei. Zudem meint er, dass neben dem Stadtelternrat auch der Stadtschülerrat in die Maßnahme aufgenommen werden müsse.

Herr **Ehlers** beantragt für die CDU-Fraktion die ersatzlose Streichung des Punktes. Herr **Teubler** unterstützt den Antrag und weist auf die Bewegungsarmut der Schüler hin, die eine Streichung schulsportlicher Höhepunkte untersage.

Beschluss:

Der Antrag der wird einstimmig angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 9
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

HSK-Maßnahme 49.2-6

Auf Wunsch Herrn **Steinmüllers** erläutert Herr **Buck** den Prüfauftrag. Die Räume in Schulen ständen grundsätzlich der Öffentlichkeit zur Verfügung. Es gehe darum, mehr Nutzer zu akquirieren, um Räume häufiger zu vermieten. Dies sei insofern problematisch, weil es einerseits Mehrkosten verursache (Hausmeister, Bewirtschaftung usw.), andererseits komme auch die Mehreinnahme nicht direkt der Schule zu gute, so dass der Anreiz fehle.

HSK-Maßnahme 49.2-8

Herr **Lederer** bittet um Auskunft, was sich hinter dem Prüfauftrag verberge. Frau **Grotelüschen** informiert, es werde angezielt, das Budget dahingehend zu analysieren, dass man zu einer transparenten Darstellung der Steigerung der Ausgaben gelange.

Herr **Lederer** bringt den Antrag auf ersatzlose Streichung des Prüfauftrags ein.

Beschluss:

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 2
Nein-Stimmen: 3
Enthaltung: 4

Sport

HSK-Maßnahme 49.3-2

Herr **Lederer** beantragt die ersatzlose Streichung der Maßnahme. Bei Verabschiedung der Entgeltordnung sei dem Stadtsportbund (SSB) zugesagt worden, dass sie nicht dazu diene, der Stadt zu Mehreinnahmen zu verhelfen. Herr **Mesliën** stellt fest, dass die dem SSB ausgehändigten Gelder an Vereine weitergereicht würden und diesen überhaupt erst die Nutzung von Sportstätten ermöglichen.

Frau **Joachim** berichtet, im ersten Jahr der Einführung seien von 15.000 Euro 10.000 € an Sportvereine und 5.000 € an Jugendvereine für Sportprogramme

gegangen. 2007 hätten Jugendvereine nichts mehr abgefordert, Sportvereine deswegen die Mittel vollständig erhalten: für die Kinder- und Jugendarbeit des SV Post Telekom Schwerin, für einen Gymnastiksportverein im Bereich Seniorensport und für einen Behindertensportverein. Für 2008 seien die Mittel wieder beantragt.

Hinsichtlich der Jugendvereine könne sie nur vermuten, warum keine Mittel mehr abgefordert würden. So könnten sich Jugendliche den Sportvereinen angeschlossen haben, die Kooperation mit Sportvereinen intensiviert haben oder es sei insgesamt ein Rückgang der Sportangebote im Jugendbereich erfolgt. Herr **Meslien** schlägt vor, die vom Jugendbereich nicht mehr abgeforderten 5.000 € zu streichen. Herr **Lederer** gibt zu bedenken, dass damit eine zukünftige Antragstellung der Jugendverein nicht ausgeschlossen werden könne und eine solche Regelung möglicherweise gegen Verträge verstoße. es müsse also ein Weg gefunden werden, die eine Ausreichung der Mittel ausschließlich an Sportvereine sicherstelle.

Nachdem hier keine Lösung hat finden können, stellt Herr **Ehlers** den Antrag Herrn **Lederers** auf ersatzlose Streichung der Maßnahme zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	3

HSK-Maßnahme 49.3-6

Herr Meslien beantragt daraufhin, eine neue, auf die bisherige Maßnahme 49.3-2 bezogen einen Prüfauftrag unter der Nummer 49.3-6 in das HSK aufzunehmen, die zu einer Möglichkeiten führen solle, die Förderung über den SSB zukünftig nur noch Sportvereinen zugute kommen zu lassen.

Beschluss:

Die Fraktion der SPD beantragt die Aufnahme eines Prüfauftrags als neuer Punkt 49.3-6 HSK wie folgt:

**Prüfung, eine Regelung zu finden, dass die Zuschüsse an den
Stadtsporbund in Zusammenhang mit der Entgeltordnung
ausschließlich an Sportvereine ausgereicht werden sollen.**

Der Antrag wird einstimmig bei einer Enthaltung angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

HSK-Maßnahme I.1-4

Herr **Meslien** bringt den Antrag der SPD-Fraktion ein, die Maßnahme ersatzlos zu streichen. Man habe bereits früher mehrfach deutlich gemacht, Maßnahmen zur Streichung der Unterstützung der Schülerbeförderung nicht zustimmen zu wollen.

Herr Lederer unterstreicht dies und meint, dass nicht weniger, sondern mehr Mittel nötig wären.

Beschluss:

Der Antrag wird mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 6
Nein-Stimmen: 2
Enthaltung: 1

Herr **Ehlers** stellt abschließend das gesamte HSK zur Abstimmung.

Herr **Dr. Holtzhauer** gibt zuvor für sich und Herrn **Lederer** eine Erklärung ab, dass sich beide enthalten wollen, weil es aufgrund der engen Zeitplanung keine Möglichkeit gegeben habe, das HSK in der Fraktion zu diskutieren und sich dort eine Meinung zu bilden.

Beschluss:

Der Ausschuss stimmt dem Haushaltssicherungskonzept mit allen zuvor beschlossenen Änderungen und der Veränderungsliste, Drucksache 01979/2008, bei drei Enthaltungen einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 6
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 3

**zu 3.2 Konzept zur weiteren Förderung und Entwicklung der Schweriner Musikschulen für die Jahre 2007 bis 2010
Vorlage: 01546/2007**

Bemerkungen:

s. TOP 3.1

Beschluss:

Der Ausschuss lehnt das Musikschulkonzept mehrheitlich ab.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 1
Nein-Stimmen: 7
Enthaltung: 1

zu 4 Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung (öffentlich)

**zu 4.1 Ehrenamtspass
Vorlage: 02006/2008**

Bemerkungen:

Frau Schwabe bemerkt, dass eine Stellungnahme der Verwaltung noch nicht vorgelegt werden könne, weil noch steuerrechtliche Fragen zu klären seien. Der Ausschuss stimmt der Vertagung der Beschlussvorlage bis zum Abschluss der Prüfungen ohne Abstimmung zu.

Beschluss:

Die Vorlage wird vertagt.

zu 5 Sonstiges

Bemerkungen:

Herr Walter spricht den Auszug aus dem Bericht des Landesrechnungshofes zum Mecklenburgischen Staatstheater an. Er schlägt vor, die darin entwickelten Vorschläge und Konzepte in einer späteren Sitzung zu diskutieren.

Zugleich möchte er wissen, was aus seinem Vorschlag geworden sei, über den Aufsichtsrat des Theaters bei der Geschäftsführung eine besondere, externe Prüfung zu möglichen Einsparpotentialen anzuregen. Dieses müsse weiter vorangetrieben werden; es könne mit dem Beschluss des Aufsichtsrats, es seien weitere Einsparmöglichkeiten nicht mehr möglich, nicht sein Bewenden haben.

gez. Sebastian Ehlers

Vorsitzende/r

gez. Norbert Credè

Protokollführer